

Kuba zwischen Reform und Repression

Milliardenschwere Hurrikanschäden, explodierende Preise und eine drohende Hungersnot zwingen Kubas Führung zur Öffnung in Politik und Wirtschaft

VON MATTHIAS KNECHT

„Die Preise sind explodiert“, berichtet die Hausfrau aus Havanna. In der kubanischen Hauptstadt seien Früchte und Gemüse jetzt doppelt bis dreimal so teuer wie vor den Hurrikans. Das Pfund Hühnerfleisch kostete gar 20 Peso. Das entspricht einem Tageslohn. Empört sagt die Frau: „Lebensmittel gibt es schon. Aber viele können sie sich nicht mehr leisten.“ Unter den Kubanern geht die Sorge um, dass es noch schlimmer kommt. Seit die Regierung „sechs harte Monate“ mit Versorgungsengpässen ankündigte, kursieren hartnäckig Gerüchte einer kommenden Hungersnot. Denn die meisten Kubaner müssen mit einem Durchschnittslohn von gut 400 Peso, umgerechnet 12 Euro monatlich, irgendwo über die Runden kommen. Sie wissen schon jetzt nicht mehr, wie sie sich damit das Lebensnotwendige beschaffen sollen.

Grund für die schlechte Versorgung sind die verheerenden Zerstörungen der Hurrikans „Gustav“ und „Ike“, die Anfang des Monats die gesamte Insel heimsuchten. Die schlimmsten Unwetter seit Menschengedenken auf Kuba forderten nach offiziellen Angaben zwar nur sieben Menschenleben. Doch sie vernichteten ein Drittel der Ernte, zerstörten 5300 Tonnen gelagerte Lebensmittel und töteten Hunderttausende von Nutztieren.

Die Regierung beschönigt Milliardenschäden

Die Regierung bezifferte den Schaden auf fünf Milliarden US-Dollar (3,5 Milliarden Euro). Darin enthalten sind auch mehr als eine halbe Million beschädigte oder zerstörte Häuser sowie massive Schäden an Straßen, Brücken, Stromnetz, Maschinen und Anlagen. Viele Orte in Kuba sind noch immer ohne Strom und Trinkwasser. Ausländische Experten vermuten, dass Kuba das wahre Ausmaß der Katastrophe beschönigt. So urteilt auch Ullrich Umann von der Bundesagentur für Außenwirtschaft. „Die wirklichen Schäden sind größer“, sagt der Kuba-Experte und spricht von „fatalen Auswirkungen“ für die Wirtschaft. „Die Gelder, die Kuba durch den Export erwirtschaftet, werden jetzt vollständig in den Import von Lebensmitteln und Baumaterialien gehen.“

Ob Kuba auf diese Weise die Grundversorgung seiner 11,2 Millionen Einwohner aufrecht erhalten kann, ist umstritten. Kubaner Umann zeigt sich zuversichtlich.

Er betrachtet die derzeitigen Versorgungsprobleme als vorübergehend und sagt: „Schon aus politischen Gründen wird die Regierung keine Lebensmittelknappheit zulassen.“

Pessimistisch hingegen urteilt Oscar Espinosa in Havanna, der bestinformierte Regierunqsunabhängige Ökonom auf der Insel. „Die Hurrikane trafen Kuba in einem Moment, in dem die Wirtschaft bereits im Niedergang begriffen war“, sagt der einstige Zentralbankfunktionär und heutige Oppositionelle. Er warnt: „Die Situation wird sich weiter verschlechtern.“ Drei Milliarden US-Dollar wird Kuba im laufenden Jahr für den Import von Grundnahrungsmitteln aus-

dem Kopf verloren. Sie wohnen seither bei Nachbarn, Familienangehörigen oder auch einfach vor den Trümmern ihrer Häuser auf der Straße. Material zur Instandsetzung der Häuser gibt es nicht, selbst Nägel sind Mangelware.

Raúl Castro indessen, der seit Februar amtierende Präsident, bleibt meist unsichtbar. Erst eine Woche nach den Hurrikänen erschien er in der Öffentlichkeit. Dabei konnte er den Menschen, die alles verloren haben, nur wenig mehr als Durchhalteparolen bieten. Zudem begann er, im Eiltempo die lange angekündigte Teilprivatisierung der Landwirtschaft umzusetzen. Das Interesse war groß. Innerhalb von drei Tagen

Kubas Wirtschaftssystem. Wer damals eine Abkehr von der ineffizienten Planwirtschaft erhoffte, sieht sich jetzt enttäuscht. So auch der Ökonom Espinosa. Er fordert: „Die Regierung muss endlich die versprochenen Reformen umsetzen.“

Grund für Raúl Castros Zögern ist die Angst vor dem Machtverlust, vermutet Kuba-Experte Umann: „Mehr liegt nicht drin. Tiefgreifende Wirtschaftsreformen würden zum Systemwandel führen. Das will die Regierung nicht.“ Hinzu kommt, dass der Schatten des großen Bruders immer noch lang ist. Mehr als Raúl Castro ist derzeit der erkrankte Ex-Präsident und Chef-Ideologe Fidel Castro präsent. In seinen

internationalen Hilfe in großem Umfang kommt, kann es zu einer Hungersnot kommen.“ Doch in Kubas Außenpolitik dominieren die Ideologen aus dem Umfeld Fidel Castros, im Volksmund Taliban genannt. Und die zeigen sich wählerisch. Angenommen hat Kuba bisher nur Angebote kubafreundlicher Staaten, allen voran Venezuela, aber auch von Brasilien, Mexiko und Spanien. Als „heuchlerisch“ zurückgewiesen hat Kuba hingegen eine Hilfsferte der USA über fünf Millionen US-Dollar (3,5 Millionen Euro). Auch von jüngsten Hilfsangeboten der Europäischen Union, Deutschlands und weiterer europäischer Staaten will Kuba vorläufig nichts wissen. Allerdings ging Kuba Anfang September auf den von Europa angebotenen Politikdialog ein. Diplomaten in Havanna gehen davon aus, dass Kuba damit mittelfristig wieder Entwicklungs- und Nothilfe aus der EU annehmen werde.

Blockadehaltung der Vereinigten Staaten von Amerika

Mit Einschränkungen erlaubt Kuba auch internationalen tätigen Organisationen Hilfe zu leisten, so etwa dem UN-Welternährungsprogramm, dem Roten Kreuz oder auch der deutschen Welthungerhilfe. In Kuba selbst leistet die katholische Kirche nach Angaben aus dem Umfeld der Erzdiözese Havanna derzeit 100000 Menschen Nothilfe. Die Mittel dafür kommen aus dem Notfonds von Caritas International.

Blockiert wird mögliche Hilfe für Kuba aber nicht nur von dessen eigener Regierung, sondern auch von den USA. Dort leben zwei Millionen Exilkubaner und viele würden jetzt gerne ihre Verwandten auf der Insel unterstützen. Doch das Wirtschaftsembargo Washingtons gegenüber Kuba verbietet auch private Geld- und Sachsendungen auf die Insel weitgehend. Ein nach den Hurrikänen erlaubtes Ausnahmekontingent über insgesamt 250000 US-Dollar private Geldüberweisungen nach Kuba war nach nur zwei Tagen erschöpft.

Während den Exilkubanern in den USA die Geberhände gebunden sind, nimmt die Unzufriedenheit auf der Insel zu. „Das Missfallen wächst“, warnt Espinosa, und sieht zwei mögliche Konsequenzen. Entweder komme es zu Revolten, oder die verzweifelten Kubaner fliehen in Massen in die USA. „Ich kann nicht ausschließen, dass es morgen zu Demonstrationen kommt. Vielleicht steigen auch morgen schon Tausende von Kubanern in die Boote.“



Fidel Castro ist nach wie vor der mächtige Einflüsterer, auch wenn sein Bruder Raúl (rechts) offiziell die Führung innehat.

Foto: dpa

geben müssen, schätzt Espinosa. Das ist doppelt so viel wie im Vorjahr und entspricht fast den gesamten Erlösen aus dem Nickerexport und dem Tourismus, den beiden wichtigsten Devisenquellen Kubas. Grund für die steigenden Importausgaben sind zum einen die weltweit hohen Lebensmittelpreise, zum anderen die chronischen Defizite von Kubas mehrheitlich staatlicher Landwirtschaft. Sie vermag nur 16 Prozent des nationalen Eigenbedarfs zu decken.

Dabei braucht Kuba mehr als Lebensmittel. Hunderttausende von Menschen haben mit den Hurrikänen ihr Dach über

stellen 16000 Kubaner einen Antrag, brachliegendes Staatsland im Pachtvertrag privat bewirtschaften zu dürfen. Produktiv wird Kubas Landwirtschaft damit aber frühestens mit der Ernte im nächsten Jahr – wenn überhaupt.

Denn die Reform gilt sehr vorsichtig aus. Der kubanische Staat behält sich das Recht vor, den Pächtern Auflagen bei Anbau und Preisen zu machen. Außerdem werden sie auf politische Linientreue überprüft. Kaum vom Fleck kommen hingegen die von Raúl Castro vor über einem Jahr vollmundig angekündigten „strukturellen Änderungen“ in

neuerdings täglichen Artikeln in der Staatspresse widersetzt er sich jeglichen Reformen auf Kuba. Stattdessen plädiert der Revolutionsführer dafür, den Versorgungsproblemen in traditioneller Weise Herr zu werden, nämlich mit Kontrolle und Repression. Vieldeutig spekulierte er über die Möglichkeit der Todesstrafe, um dem verbreiteten Diebstahl von Staatsgütern Herr zu werden.

Neben Wirtschaftsreformen sei Kuba jetzt dringend auf Katastrophenhilfe angewiesen, woher sie auch komme, urteilt der Ökonom Espinosa. Er warnt: „Wenn nicht